

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an den Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Abnahme von 3 Monaten 5,- RM. Bei Abnahme von 6 Monaten 10,- RM. Bei Abnahme von 12 Monaten 18,- RM. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Organ der Arbeiterbewegung. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung.

Wilsdruffer Tagesblatt: die 4-spaltige Nummer 20 Mal, die 4-spaltige Nummer der amtlichen Bekanntmachungen 20 Mal. Die 4-spaltige Nummer der amtlichen Bekanntmachungen 20 Mal. Die 4-spaltige Nummer der amtlichen Bekanntmachungen 20 Mal.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 8 — 92. Jahrgang Seleg.-Nbr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 10. Januar 1933

Frankreich an der Ruhr.

Ein Tag der Mahnung.

Warum sollen wir an dem Versailler Vertrag festhalten? Die Schwierigkeiten kommen daher, daß Deutschland noch eine Einheit ist. Die Auflösung des Reiches wird nur mit Gewalt erfolgen, — und die haben wir in den Händen. Das ist vor zehn Jahren geschrieben worden, kurz nach dem 11. Januar 1923, als eine französisch-belgische „Ingenieurkommission“, von 60 000 Mann umgeben, in das Ruhrgebiet einrückte, weil Deutschland ein paar Telegraphenstangen weniger hätte liefern können, als Herr Poincaré es von uns verlangte. Zum zehnten Male fährt sich der Tag, an dem eine französische und eine belgische Note die Entsendung einer Ingenieurkommission ankündigten „zur Überwachung des Kohlenhandels“. Nur England machte nicht mit, und ein paar Tage vor dem Einbruch ins Ruhrgebiet beschloß der amerikanische Senat die Zurückziehung der in Koblenz stehenden Besatzungsstruppen; sie wurden allerdings sehr schnell durch die Franzosen ersetzt. Die französischen, italienischen und belgischen „Ingenieure“ rückten dann am 11. Januar hinter einer belgischen und fünf französischen Divisionen in Essen und in Gelsenkirchen ein. Das hatte die französische Regierung übrigens schon im — November 1922 angekündigt, weil sich Deutschland „den Entschädigungsverpflichtungen“ entziehen wolle. Die englischen und italienischen Mitglieder der Reparationskommission beschränkten sich auf ein papierne

„Nein!“ Als die französischen Truppen auf Essen marschierten, begannen sie die in ihren Folgen am weitesten reichende und vielleicht unheilvollste Bewegung von allen, die man während der letzten Jahrhunderte in Europa beobachtet hat“, schrieb ein paar Tage nach dem Ruhr-Einbruch ein Engländer, der vier Jahre zuvor zu den „Großen Vier“ von Versailles gehört hatte: Lloyd George. Aber er war nicht mehr an der Macht und tat ebensowenig etwas gegen diesen Versuch Frankreichs, Deutschland zu zerrüttern, wie Mussolini gegen diese Gewalttat damals die Hand rührte. Beide Mächte haben es erkannt und gewußt, was mit dem Ruhr-Einbruch der Franzosen und Belgier beabsichtigt war. Deutschland selbst sah es ohne Unterschied der Parteien. Der damalige englische Vorkämpfer in Berlin hat in seinen Erinnerungen gesagt, daß sowohl die deutsche Regierung wie die Bevölkerung im ganzen sich klar darüber wurde, daß die Stunde gekommen war, in der das Schicksal des Deutschen Reiches entschieden werden sollte: in keiner Phase des Krieges war die Gefahr für den Staat auch nur annähernd so groß wie jetzt infolge der Erdrosselungsversuche Frankreichs mit seinem alten Rivalen im Kampfe um das Rheingebiet! Frankreich „hätte eine herrschende Stellung erreicht, die nur mit seiner Übermacht nach dem Frieden von Tilsit zu vergleichen gewesen wäre“, schreibt dieser englische Vorkämpfer und vergißt dabei ganz, daß zur Zeit des Friedens von Tilsit England in unerlöstem Kampfe gegen das napoleonische Frankreich stand!

Deutschland war allein und blieb allein in diesem Ringen um Leben und Sterben. Wieder möchten wir den englischen Vorkämpfer Lord d'Albarn sprechen lassen: „Wenn die Ruhrbesetzung, die am 10. Juni 1923 begann, ihr beabsichtigtes Ziel reibungslos und schnell erreicht hätte, wenn sie nicht auf den wirksamen Widerstand gestoßen wäre, wenn die Grubenbesitzer und Bergarbeiter unter französischer Besatzung angesichts der französischen Bajonnette ihre Arbeit fortgesetzt hätten, wäre de facto eine Lage geschaffen worden, die der juristischen Position, wie sie der Versailler Vertrag festgelegt hatte, bei weitem überlegen gewesen wäre: Deutschland hätte aufgehört eine Gefahr zu sein, hätte sogar aufgehört, als Großmacht zu existieren, wäre zu einem militärisch verkrüppelten, wirtschaftlich abhängigen Lande geworden.“ Das dem nicht so wurde, gibt uns Deutschen die Berechtigung, des Tages zu gedenken, an dem die Franzosen begannen, „durch die Ruhrbesetzung, durch die Verhaftung der Grubenbesitzer mehr für den Zusammenschluß aller Parteien und Klassen in Deutschland zu tun, als es sich durch andere Mittel hätte bewerkstelligen lassen“.

Aber bei diesem Gedenken sollte auch überall das Lied klingen: „Ich hatt' einen Kameraden...“ Und hoch ragt das Kreuz über dem Ruhrgebiet, das so viele Opfer in seinem Kampfe hergeben mußte. Noch viel mehr Deutsche wurden von den Besatzungsstruppen fürchterlich mißhandelt. Hat sich in der französischen Kammer jemals eine Stimme erhoben, die gegen diese fürchterlichen, an die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges erinnernden Greueln protestierten? Niemand tat es und nur sehr vorsichtig deutete der Führer der Sozialisten an, alle französischen Maßnahmen hätten nur dasselbe Ziel, die Einheit Deutschlands zu zerstückeln und dem freien Willen der deutschen Bevölkerung Eintrag zu tun.“ Das war alles! Und als im Mai 1924 die französischen Wahlen eine Volksmehrheit ergaben hatten, wogerte sich auf der Londoner Konferenz, die den Dawes-Plan beschloß, Herriot als Ministerpräsident, die

Die Vermittlungsversuche gehen weiter

Papen berichtet dem Reichskanzler.

Aussprache über die Kölner Unterredung.

Reichskanzler von Schleicher hat Herrn von Papen zu einer etwa anderthalb Stunden währenden Aussprache empfangen. In dieser Unterredung hat Herr von Papen dem Reichskanzler über den Verlauf seiner Aussprache in Köln mit Hitler unterrichtet und ihn ebenso über die Vorgeschichte dieser Aussprache in Kenntnis gesetzt. Amtlich wird über die Unterredung Schleicher-Papen folgendes mitgeteilt:

„Der Reichskanzler empfing Herrn von Papen zu einer Aussprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler vom 4. Januar und die daran geknüpften irtüchlichen Pressekommentare. Die Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.“

Aber den tatsächlichen politischen Inhalt der Gespräche gibt, wie man sieht, diese amtliche Mitteilung wenig Auskunft. Wie aus guter, zuverlässiger Quelle indessen verlautet, ist in der Unterredung zwischen Schleicher und Papen auch

die gesamte innenpolitische Lage besprochen worden. Herr von Papen hatte Gelegenheit, dem Reichskanzler besonders die Auffassung scheinlicher Wirtschaftsfreie über die von der jetzigen Reichsregierung verfolgte Politik zu überbringen.

Es ist nämlich bekannt geworden, daß Herr von Papen in den letzten Tagen nach seiner Zusammenkunft mit Hitler auch

Besprechungen mit einigen Wirtschaftsführern, so u. a. mit Generaldirektor Dr. Bögliger und Dr. Springorum hatte. Bei diesen Besprechungen ist von den westdeutschen Industriellen Kreisen erklärt worden, daß man gewisse Bedenken gegen die Sozialpolitik und die Arbeitsbeschaffungs politik des jetzigen Reichskabinetts habe. Dr. Springorum hat nach offiziellen Erklärungen westdeutscher Industrieller Kreise in der Unterredung mit Herrn von Papen darauf hingewiesen, daß in vielen Industriezweigen wieder ein Stillstand eingetreten sei, dessen Ursache die allgemeine Unsicherheit bilde, da man nicht genau wisse, welchen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Kurs das jetzige Kabinett einschlagen werde. Es ist dabei offenbar auch

das Arbeitsbeschaffungsprogramm Dr. Gerecks kritisiert worden. Herr von Papen ist von den Vertretern der westdeutschen Industrie gebeten worden, diese Bedenken dem Reichskanzler bei der Berichtserstattung über die Kölner Unterredung gleichzeitig mitzuteilen. Daraus ergibt sich, daß die Unterredung zwischen Schleicher und Papen alle politischen und wirtschaftspolitischen Fragen berührt, ohne daß selbstverständlich Herr von Papen andere Absichten als die der lokalen Unterrichtung des Reichskanzlers hatte.

Wie von anderer Seite weiter bekannt wird, sollen die Besprechungen auch zu dem Zweck geführt worden sein, nach Möglichkeit

eine Reichstagsauflösung in nächster Zeit zu vermeiden,

die bestimmt kommen würde, wenn etwa der Reichstag bei seinem Zusammentritt der jetzigen Reichsregierung ein Mißtrauensvotum aussprechen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Reichskanzler von Schleicher in den nächsten Tagen mit Hitler selbst eine Unterredung haben dürfte; bisher ist jedoch ein bestimmter Termin dafür nicht anberaumt worden. Auch dem Reichspräsidenten wird über die Kölner Verhandlungen Bericht erstattet werden, sei es vom Reichskanzler selbst, sei es von Herrn von Papen; doch ist auch für diese Berichtserstattung noch kein Zeitpunkt festgesetzt.

Auf jeden Fall soll die jetzt in Gang gekommene Fühlungsnahme zwischen führenden politischen Persönlichkeiten bis zum Zusammentritt des Ältestenrates, am 20. d. M., fortgesetzt werden. Einen nicht unwesentlichen Einfluß auf die weitere innenpolitische Entwicklung schreibt man in politischen Kreisen den am 15. Januar er-

französischen Truppen sofort aus dem Ruhrgebiet zurückziehen; erst nach einem weiteren Jahr der Besetzung erfolgte die Räumung.

Doch ragt über das Ruhrgebiet das Kreuz an der Stelle, wo Schlaegerer den Augen französischer Gewehre erlag. Das Ziel, das sich unter Poincarés Führung Frankreich gesetzt hatte, wurde nicht erreicht. Deutschland hatte sich in gemeinsamem Widerstand gefunden unter fürchtbaren Opfern. Und so ist der 10. Januar nicht bloß der Tag der Erinnerung, sondern mehr noch ein Tag der Mahnung!

folgenden Landtagswahlen in Lippe zu, von deren Ergebnis die weitere Haltung sowohl der Reichsregierung wie der Nationalsozialisten abhängig gemacht werden soll.

Hilfer über seine Begegnung mit Papen.

Einem im Völkischen Beobachter enthaltenen Bericht der NSDAP, aus Detmold zufolge äußerte sich Adolf Hitler auf Fragen des Reichspresseschefs der NSDAP über seine Begegnung mit Herrn von Papen u. a. wie folgt:

Frage: Der Kern der öffentlichen Angriffe scheint in der Behauptung zu liegen, daß der Grund Ihrer konsequenten Opposition in der Absicht zu suchen sei, sich und Ihre Bewegung der Verantwortung am Staate zu entziehen. Hat dieses Argument sachliche Bedeutung?

Antwort: Nein! Tatsächlich war ja meine Forderung nicht eine andere, als gerade die Übertragung der persönlichen Verantwortung an die NSDAP. Allerdings sehe ich hier selbstverständlich voraus, daß die Partei dann aber auch die ihr zumomenten die Führung erhält. Mir zugunsten, die Verantwortung zu übernehmen für das, was andere tun, ist ein mehr als starkes Stück. Wenn der Herr Reichspräsident im November glaubte, daß der Raschläge seiner Umgebung es nicht verantworten zu können, mir die Verantwortung zu übertragen, dann sind damit die Männer auch heute die Verantwortlichen für die traurigen Folgen und für all das Elend, die aus dieser Weigerung dem deutschen Volke erwachsen mußten.

Frage: Sind die Behauptungen in der gemerkten Presse zutreffend, daß Sie Fühlung mit Herrn von Papen gesucht und auf diesem Wege Anstoß an die angeblich hinter ihm stehenden Schwerindustriellen Kräfte gesucht hätten?

Antwort: Es ist selbstverständlich, daß ich keine Fühlung mit Herrn von Papen gesucht habe. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß ich mir von niemandem vorschreiben lasse, mit wem ich sprechen darf und mit wem nicht. Ich bin Politiker und werde, wenn ich es für zweckmäßig ansehe, jede Besprechung führen. Die deutsche Schwerindustrie ist ein Teil der deutschen Wirtschaft. Ich brauche daher ebensowenig an sie Anstoß zu suchen wie an irgendeine andere Wirtschaftsguppe. Ein Politiker hat mit allen bestehenden Faktoren zu rechnen und kann ihre Existenz nicht wegzaubern. Wenn ich aber jemals die Notwendigkeit empfinde, darüber hinaus mit irgendeiner Wirtschaftsguppe eine besondere Fühlung zu nehmen, so benötige ich dazu keines besonderen Führers.

Aber die Erfolgsaussichten des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Regierung von Schleicher befragt, erklärte Hitler: Arbeitsbeschaffungsprogramme sind nicht ihrer selbst wegen da. Ich enthalte mich daher jedes Urteils über derzeitige Probleme, sondern beurteile nur ihre Auswirkung auf die allgemeine deutsche Wirtschaftskrise. Diese Krise aber wird durch Maßnahmen des Kabinetts Schleicher nicht beseitigt.

Völkischer Beobachter rechnet mit Reichstagsauflösung oder Kabinettsumbildung.

Berlin, 9. Januar. Der „Völkische Beobachter“ glaubt, daß die Unterredung zwischen von Papen und Reichskanzler von Schleicher nicht ohne Einwirkung auf den Verlauf der Reichstagsauflösung sein werde. Es werde sich hierbei unter Umständen schon entscheiden, ob das Kabinett von Schleicher sich einem mit großer Mehrheit angenommenen Mißtrauensvotum aussetzen und den Reichstag auflösen werde, oder ob es der Reichspräsident vorsehe, eine andere Lösung zu finden, die in einer völligen Umbildung des derzeitigen Kabinetts zu bestehen hätte. Wenn aber, so fährt das Blatt fort, den Nationalsozialisten eine „Spaltung“ der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion bei einer Abstimmung über ein Mißtrauensvotum und Furcht vor Neuwahlen angebracht werde, so werde man sich irren.

Neue sozialpolitische Forderungen der Deutschnationalen.

Die sozialpolitischen Sachbearbeiter der deutschnationalen Reichstagsfraktion hielten eine Beratung ab, auf der, wie die Deutschnationale Pressestelle mitteilt, erneut die Forderung des Parteiführers Hugenberg auf Beseitigung der Renten- und Unterstützungszuzüge in der Juni-Notverordnung unterföhrt wurde. Weiterhin wurde die Einbringung eines Antrages beschlossen, um die härteste soziale Bestimmung der Notverordnung Dr. Lina's vom 8. Dezember